



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit I – Handlungsübergreifende Maßnahmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) zu beschließen.

Der Landesaktionsplan beinhaltet folgende handlungsübergreifende Maßnahmen:

1. Gründung eines „Netzwerks für Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe“ mit den für einzelne Diskriminierungsmerkmale fachlich zuständigen staatlichen Stellen
2. Durchführung von jährlichen Vernetzungs- und Austauschtreffen für die in Bayern im Bereich Antidiskriminierung aktiven Akteurinnen und Akteure
3. Errichtung einer „Task-Force diskriminierungsfreies Bayern“ als Kabinettsausschuss zur Koordination und zum Innovationsaustausch im Bereich Antidiskriminierung
4. Erstellung eines Landesprogramms zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure nach dem Vorbild des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
5. Erstellung eines aktualisierten Ratgebers mit einer „Landkarte“ zu Beratungsangeboten im Bereich Diskriminierung für Bayern
6. Informationskampagne zur Bayerischen Landesantidiskriminierungsstelle (LADS)
7. Übergreifende, statistische Erfassung aller Beratungsanfragen zu Diskriminierungsfällen in Bayern
8. Beauftragung der Durchführung einer bayerischen „Mitte-Studie“ zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die hierdurch anfallenden Kosten im Entwurf des nächsten Haushaltplans zu berücksichtigen.

Begründung:

Es gibt einige staatliche Stellen in Bayern, die für die Durchsetzung von Gleichstellung verantwortlich sind (z. B. Leitstelle für die Gleichstellung von Männern und Frauen, der Bayerische Behindertenbeauftragte oder die Integrationsbeauftragte). Die Etablierung eines Netzwerks soll die Möglichkeit für Austausch und Synergieeffekte zwischen diesen Stellen schaffen.

In Bayern gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Betroffenenvertretungen, die sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung einsetzen. Ziel des Vorschlags ist es, den gegenseitigen Fachaustausch zu institutionalisieren, um den Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu fördern und politische Maßnahmen bedarfsgerecht gestalten zu können. Gleichzeitig soll den unterschiedlichen Organisationen eine zugängliche Austausch- und Kooperationsplattform geboten werden.

Der Einsatz gegen GMF und die Förderung demokratischer Überzeugungen ist eine Querschnittsaufgabe. Daher muss die politische Arbeit in diesem Zusammenhang ressortübergreifend stattfinden. Die Ministerien sind die obersten Landesbehörden, sie bilden damit den Ausgangspunkt für strukturelle Veränderungen in allen anderen weisungsabhängigen öffentlichen Stellen. Die Mitglieder der Staatsregierung sollen in einem Kabinettsausschuss zum Thema „Task-Force diskriminierungsfreies Bayern“ beraten und für jedes Ressort einen Handlungsplan erstellen, der Antidiskriminierungsmaßnahmen- und Projekte enthält.

Gemeinnütziges Engagement braucht finanzielle und ideelle Unterstützung. Diese wird derzeit größtenteils durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bereitgestellt. Art und Umfang der Förderungen hängen damit maßgeblich von Etatentscheidungen ab, die auf Bundesebene getroffen werden. Deshalb schlagen wir vor, das Bundesprogramm durch einen Ableger auf Landesebene zu ergänzen. So können bestehende Lücken geschlossen und die Demokratieförderung in Bayern längerfristig abgesichert werden.

Bayern verfügt über ein breites Angebot an zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für die Interessen unterschiedlicher benachteiligter Gruppen stark machen und in Fällen von Diskriminierung Hilfe leisten. Der Zugang zu diesen Angeboten ist jedoch durch einen Mangel an Information eingeschränkt. Derzeit fehlt es an einer Plattform, die gebündelt aufzeigt, wo in Bayern entsprechende Stellen zu finden sind. Deshalb schlagen wir einen mehrsprachigen, digitalen und gedruckten Ratgeber vor, in dem alle in Bayern aktiven, staatlichen wie auch privaten Akteurinnen und Akteure aus dem Bereich Antidiskriminierung erfasst sind.

Bei der LADS würde es sich um eine neu eingerichtete Stelle handeln, deren Existenz und Tätigkeitsschwerpunkte erst bekannt gemacht werden müssen. Ihre Reichweite ist eine Voraussetzung für die Effektivität der LADS. Wir möchten sichergehen, dass die neu geschaffenen Angebote überall dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Deshalb fordern wir gleichzeitig mit der Einrichtung der Stelle den Start einer breiten Informationskampagne zu deren Arbeit.

Beratungsstellen erhalten im Rahmen ihrer Arbeit sehr konkrete Einblicke in Diskriminierungssituationen, wie sie von Bürgerinnen und Bürgern erlebt werden. Sie erfahren, wo Diskriminierung stattfindet, von wem sie ausgeht und auf welche Merkmale sie sich bezieht. Dieses Wissen ist für die weitere Ausgestaltung der Antidiskriminierungsarbeit essenziell, da es deutlich macht, wo Schutzlücken liegen und wie stark Diskriminierung auftritt. Umso wichtiger ist es, die Beratungsdaten statistisch zu erfassen.

Die Mitte-Studien werden im zwei Jahres Rhythmus von der Universität Leipzig und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt bzw. herausgegeben. Beide Studien untersuchen anhand von Befragungen die Verbreitung menschenfeindlicher und autoritärer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft. Sie sind damit eine Art Frühwarnsystem für das gesellschaftliche Zusammenleben und die Demokratie in Deutschland. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ließ im Jahr 2014 die Ergebnisse der Leipziger Mitte-Studie speziell für Bayern auswerten, um sich ein genaues Bild zur Situation im Freistaat machen zu können. Wir fordern nun die regelmäßige (Dreijahresturnus) Durchführung einer bayerischen Mitte-Studie.